

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 34. Sonntag den 10. September 1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Sgr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlagshandlung erbeten.

Vertrauen!

Was haben wir nicht Alles gehört, und was hört man nicht noch tagtäglich und stündlich vom Vertrauen reden und schwagen. „Vertraut euren Regierungen, vertraut euren Fürsten, hört endlich auf zu agitiren, laßt endlich eure Regierungen, eure Fürsten zu Athem kommen.“ Nun wohl, wir sind Deutsche, wir sind von Natur gutmüthig, vertrauensvoll, wir thäten gerne, was ihr verlangt, wir wären es gerne zufrieden, wenn wir statt der ewigen politischen Bänkerei und der beständigen Aufregung unsere Interessen und unsere Ruhe pflegen könnten; aber, aber, ihr wißt wohl, wenn man vertrauen soll, muß man ein Mannswort, ein festes, ein erprobtes haben; aber, aber, ihr wißt wohl, wenn man glauben soll, muß man, wenn auch nicht Wunder, doch Thaten sehen. Nun ja, haben wir Regierungen, wir Fürsten, euch nicht heilige Worte, feste Versprechungen hoch von unsern Ministerstühlen, Fürstenthronen gegeben, verbrieft und versiegelt? Haben wir Regierungen, wir Fürsten, uns nicht offen zu den Prinzipien der Freiheit und deutschen Einheit bekannt? weshalb noch Mißtrauen, weshalb noch die ewige Agitation? Vertraut nur, vertraut unsern Worten.

Leider, leider, können wir es nicht ganz; denn eure Vorfahren, eure Väter haben schon einmal den Mund

voll genommen, geredet honigsüße Reden, wie weiland der Gerensche Nestor, haben uns Pfannentuchenberge und Diamantenthäler, und weiß Gott was sonst versprochen, und — gehalten haben viele von ihnen nichts.

Aber, sagt ihr vielleicht, sie wollten wohl, aber sie konnten nicht! Denn Metternich, der Russe, die Pfaffen, und alle ihre Helfershelfer litten es nicht, daß sie hielten, was sie versprochen. Nun ja, wenn wir euch glaubten, nun ja, wenn wir noch einmal so vertrauensvoll waren, zu glauben, nun denn, nehmt es uns nicht übel, wenn wir zugleich mißtrauisch sind, daß nicht wieder ein Metternich, ein Radowig, ein Radekzy euch ins Schlepptau nehmen, und ihr uns im Jahre 1850 vorlagt; ihr hättet wieder nicht können, der Russe, der Radekzy, der Lichnowskzy hätten euch nicht freigelassen. Erlaubt, daß wir mißtrauisch sind.

Oder ihr sagt vielleicht: „Euer Mißtrauen grade erzeugt Mißtrauen, eure Agitation gebiert Feinde. Seid ruhig, und der Weihnachtsbaum der Freiheit ist für euch fertig. Vertrauen erweckt Vertrauen.“

Ach gerne, wie gerne thäten wir es, wenn nicht wiederum die fatale Geschichte uns höhnisch lächelnd anstieße, und uns zuraunte, keine Dummköpfe zu sein.

1813, 14 und 15 versprigten die Deutschen ihr Blut für eure Vorgänger, für Freiheit und Einheit; erhoben

sich wie ein Mann, wie sie sprachen zu ihnen, wie sie riefen „Auf, mein Volk“. 1816, 1817 u. sperrten sie ihre Verteidiger in die Kerker, Hausvoigteien, Festungen, und sprachen: ihr seid Uebeltäter, Unruhestifter, Heher, Böhler.

1848 schreibt ihr herrliche Worte! „an eure lieben Unterthanen“ und ihr verlangt Glauben, Vertrauen.

Nehmt es uns nicht übel, erlaubt uns, noch eine Zeitlang mißtrauisch zu sein; denn noch giebt es Kerker, Hausvoigteien, Festungen. Aber, sagt ihr, sollen wir denn nie Vertrauen finden? Ist es denn möglich, die Revolution rückwärts zu führen, ist es möglich, den Deichbruch zu stopfen?

O nein, das ist unmöglich; aber wir haben keine Lust, mit euch von den Wellen der terroristischen, der Blutrevolution fortgeschwemmt zu werden; wir wollen eine friedliche Entwicklung, wir wollen unser Leben, unsere Habe nicht bloß an eure Erhaltung setzen, und weil wir es nicht wollen, so nehmt es uns nicht übel, so erlaubt uns, mißtrauisch zu sein.

Wie lange aber, fragt ihr, soll euer Mißtrauen dauern? Nun ja, es soll ewig dauern; denn die ewige Geschichte zeigt, daß eure Stellung so ist, daß ihr ewig nach Uebergriffen über eure gebührende Stellung giert; wir wollen glauben, daß die Schuld nicht an euch, sondern an eurer Stellung liegt; aber deshalb nehmt es uns nicht übel, daß wir mißtrauisch sind und mißtrauisch bleiben.

Aber sagt ihr, unsere Rathgeber haben uns falsch beraten; sie allein sind Schuld an eurer Unterdrückung; jetzt haben wir andere Rätze; also könnt ihr uns ganz vertrauen.

Ach nein, auch jetzt können wir es nicht, so gerne wir auch wollten; denn 1810—15 hatten sie auch gute Rathgeber und als die Noth vorüber war, zogen sie ihre guten Rathgeber fort, und nahmen die Ganelons und die Reineke's, die Dränger und die Schleicher in ihren Dienst, und geschehen war es um unsere Freiheit.

Nehmt es uns also nicht übel, erlaubt es uns, gegen euch mißtrauisch und gegen eure Rätze argwöhnisch zu sein. Gefällt es euch nicht, so gesteht euch, daß eure Geschichte seit Jahrhunderten gelehrt hat: Mißtrauen ist das Prinzip des constitutionellen Staates.

Was ist Sozialismus?

Bezeichneten wir in No. 30 die verschiedenen Richtungen des Sozialismus, so hätten wir jetzt seine Nothwendigkeit nachzuweisen, und die Mittel anzugeben, welche von dem möglichen Sozialismus aufgestellt werden.

Frägt man, ob das Elend der arbeitenden Klasse jetzt größer sei, als in früheren Zeiten, so muß die unpartheiische Geschichte mit Nein antworten, ja im Gegentheil zugestehen, daß ihr jetziges Loos ein absolut weit glücklicheres ist, als früher. Dies durch die Anhäufung des Kapitals, erleichterte Communication, Erfindungen aller Art, verbesserten Unterricht, vernünftigeren Staatseinrichtungen u., vermehrte Arbeitskraft hat ohne allen Zweifel den Wohlstand und das Glück der Menschheit auf das überraschendste vermehrt. (Man vergleiche das vortreffliche Werk von Porter über den Fortschritt der englischen Nation III. 170 sequ. u. I., 50.) Ein Verhungern Tausender, Hungern von Millionen, war in den Zeiten des Mittelalters, ja selbst in der neuern Geschichte nur zu oft möglich; jetzt sind solche Zustände nur selten und nur in einzelnen Gegenden möglich; die untern Klassen sind im Ganzen besser gekleidet, besser genährt, gebildeter, moralischer, als früher, und der schroffe Abstand zwischen den verschiedenen Ständen ist allenthalben verringert. Trotz aller dieser geschichtlich und statistisch erwiesenen Wahrheiten, trotz dem ist der Sozialismus eine Berechtigung, eine Nothwendigkeit, und zwar aus folgenden Gründen.

1) Der Wohlstand und die Genüsse der Menschheit haben sich allerdings vermehrt, aber nicht in dem richtigen Verhältniß. Theilen wir alle Arbeit in drei Theile, in die rein geistige, die freie (d. h. wo die materielle und mechanische Thätigkeit den Gegenstand nach dem persönlichen Willen gestaltet) und die bloß mechanische, und geben wir zu, daß das Bedingtsein des Lohns durch die Arbeit darin besteht, daß der Lohn dasjenige Bedürfniß des Arbeiters befriedigen muß, was der Arbeiter durch seine Arbeit den andern befriedigt hat, so folgt daraus, daß der mechanische Arbeiter nicht mehr Lohn gewinnen kann, als nöthig ist, die rein natürlichen und mechanischen Bedürfnisse nothdürftig zu befriedigen. Nun concurrirt ferner die Maschinenarbeit, als rein mechanische, mit der mechanischen des Arbeiters, und hieraus folgte nothwendig, daß der Arbeitslohn des

Arbeiters auf den Maschinenlohn gesetzt wurde, dasjenige Maß des Lohnes, das nur eben für die Befriedigung der natürlichen und allgemein menschlichen Bedürfnisse hinreicht. Dort hingegen, wo entweder gesammeltes Arbeit-Capital, oder Maschinenkraft, vervielfachte mechanische Arbeit arbeitete, mußte sich rasch Capital in großer Menge ansammeln, was dem Arbeiter unerschaffbar war, und dadurch entstand unser modernes Proletariat, was allerdings besser gestellt ist, als das frühere, aber weder in richtigem Verhältniß zu den Kapitalisten verbessert ist, noch jene Aussicht auf Kapitalerwerbung besitzt, wie im Mittelalter und in der neueren Geschichte vor der Anwendung der Maschinenkraft. Denn damals waren fast alle Handwerker mechanische Arbeiter, also gleichgestellt, also keiner durch das Kapital des andern am Kapitalerwerb gehindert.

So ist denn nun der Arbeiter zwar besser gestellt als früher, aber zum Proletariat für immer verdammt, zwar für gewöhnlich vor Hunger geschützt, aber in Zeiten der Noth und industriellen Krisen von der Willkühr und dem Schicksal des Arbeitgebers abhängig. Der Arbeitgeber ist jetzt wieder in einen Sklavenbesitzer umgewandelt, nur mit dem Zusage, daß keine Freilassung existirt, und der Arbeiter in einen Sklaven, nur mit dem Unterschiede, daß er nicht gesetzlich, nur factisch dem Willen Anderer unterworfen ist.

Sehn wir nach Manchester, nach Lyon, nach Sachsen, wo ist da dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, sich Kapital zu erwerben, wo der Schutz vor Verhungern, im Falle, daß der Arbeitgeber die Arbeit einstellt?

Daher rührt denn der trostlose moralische Zustand der arbeitenden Klasse in Rücksicht auf ihre Familienpflichten. Weil sie verzweifeln, etwas erwerben zu können, so benützen sie den gelegentlichen hohen Tageslohn nur zum Leichtsinne, wie der irländische Pächter für seinen augenblicklichen Ueberfluß Branntwein kauft, um für einige Stunden seinen elenden Zustand zu vergessen. In der Unmöglichkeit also, Kapital zu erwerben, und in dem Mißverhältniß des Gewinnes des Kapitals gegen die Arbeit liegt die Berechtigung des Sozialismus, und in der Lösung dieses Kampfes der Arbeit gegen das Kapital seine Aufgabe. Sehen wir, wie man sie versucht hat.

In dem Aufsatze: Beitrag zu der Nothwendigkeit eines Gesetzes über die Versetzung der Beamten (No. 31 der St. Gallischen Zeitschriften) befindet sich in dem Passus:

„Der Magistrat wußte die Sache im voraus und schickte den Polizeidiener zc.“

in so fern eine Unrichtigkeit, als der Magistrat von dem Vorhaben des Militärs, nicht die mindeste Kenntniß gehabt hat. Vielmehr erfuhr der Bürgermeister erst etwas davon am 25. August Morgens etwa 10 1/2 Uhr, als der Polizeidiener ihm referirte, daß dem Vernehmen nach, Seitens des Militärs am selbigen Morgen der Huldigungs-Act vorgenommen werden solle.

In Folge dieser Meldung wurde denn der Polizeidiener beauftragt, sich nach dem eigentlichen Sachverhalt zu erkundigen und baldigst zu referiren, damit dann eventualiter auch Seitens der Stadt eine angemessene Feierlichkeit veranstaltet werde.

Bei dieser Lage der Sache dürfen wir die verehrliche Redaction um die erforderliche Berichtigung, in den Zeitschriften, ersuchen. *)

Aurich, den 7. September 1848.

Der Magistrat.

Gropp. F. U. v. Nuss. Kanngießer, jun.

*) Was hiemit geschieht.

Die Redaction.

Dem Herrn Dr. med. Block zu Aurich und Genossen wird auf ihre Vorstellung vom 2. d. M. eröffnet, daß kein Anlaß vorhanden ist, die Verfügung der Königlichen Landdrostei zu Aurich zu beseitigen, nach welcher die Beamten angewiesen sind, über Dasjenige zu berichten, was in den Volksversammlungen vorgekommen und beschlossen ist.

Das Vereinsrecht wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, da die Volksversammlungen öffentlich sind, und es somit Jedem, also auch der Regierung, freistehen wird, von deren Verhandlungen Kenntniß zu nehmen, die Beamten aber gerade vermöge ihres Dienstes berufen und verpflichtet sind, der Regierung über

alle Gegenstände innerhalb ihres Bezirks Auskunft zu geben, über welche sie Kenntniß zu erhalten für nöthig erachtet.

Es bedarf kaum der Bemerkung, daß durch solche Berichtserstattung über öffentlich Statt findende Verhandlungen die Beamten die Rolle von Spionen, wie nach jener Vorstellung vermeint wird, keineswegs übernehmen.

Hannover, den 5. September 1848.

Königlich-Hannoversches Ministerium des Innern.

Stüve, Dr.

Das vorstehende Rescript Königl. Ministeriums des Innern, als Antwort auf die in voriger Nummer mitgetheilte Petition der Auiricher Bürgerversammlung hat uns schmerzlich berührt, da wir in der Antwort des Ministerii die Sache so aufgefaßt sehen, daß der Hauptfragepunkt der Sache durchaus nicht berührt ist. Wenn es in dem Ministerialschreiben heißt, daß die Beamten gerade vermöge ihres Dienstes berufen und verpflichtet sind, der Regierung über alle Gegenstände innerhalb ihres Bezirks Auskunft zu geben, über welche sie Kenntniß zu erhalten für nöthig hält, so wird kein Vernünftiger dies Anfinnen tadeln können, falls dies an die Beamten in und ex officio gestellt wird. Soll aber der Beamte bei jeder Zusammenkunft von Men-

schen, also vielleicht auch bei Dinern und Soupers, der Oberbehörde verpflichtet sein, Alles zu berichten, so wird er in den Augen des Publikums, man kann nicht anders sagen, so hart es auch klingt, zum Spion heruntergewürdigt.

In die Bürgerversammlungen geht Niemand hinein, als in einer besonderen Qualität, sodann lediglich als Mensch, als Bürger; er übt hier ein Recht aus, das Recht der freien Vereinigung; will nun die Regierung, daß die Beamten aus derselben berichten, so legt sie eine neue Pflicht auf; denn daß die Beamten berichten, wenn etwas Ungeheßliches vorgeht, daß der Polizeibeamte etwaige Polizeirevel solche Versammlungen de suo bestraft, daß der Criminalbeamte gegen dort vorkommende Criminalvergehen einschreitet, versteht sich von selbst bei rechtlichen Beamten, und, wenn ihnen nun noch eine neue Pflicht, die Berichtserstattung, aufgelegt wird, so kann Niemand verhindern, daß das Publikum sie als Spione betrachtet, die jedes freie Wort mit Censur Augen beobachten müssen, und deshalb muß in solchem Falle der Besuch der Bürgerversammlung den Beamten eine moralische (allerdings keine juristische, denn sie haben die officiële Erlaubniß) Unmöglichkeit sein.

Verlangt andererseits das Ministerium Bericht von den öffentlichen Bürgerversammlungen, so muß es dieses den Beamten öffentlich durch ein Gesetz befehlen; dann sind die Beamten Polizei.



Man bittet die Verspätung der Erscheinung dieses Blattes gütigst zu entschuldigen.

Redacteur F. W. Miquel.

Verlag der Prätorius & Seydeschen Buchhandlung.

Druck der Lapperschen Buchdruckerei.